
 929/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 14.10.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Erwin Angerer
und weiterer Abgeordneter

**betreffend Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verhinderung von
Massenkündigungen und zum Erhalt von Arbeitsplätzen**

In den letzten Monaten mussten sich viele Betriebe und Unternehmen in Folge von COVID-19 massiv verschulden und befinden sich nach wie vor, wenn auch mit branchenabhängigen Unterschieden, in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Lage. Die WKO-Bundessparte Gewerbe und Handwerk geht in der „Presse“ vom 8. September 2020 davon aus, dass die rund 230.000 Unternehmen in Gewerbe und Handwerk bis Jahresende einen Umsatzverlust von mindestens 11 Mrd. Euro hinnehmen werden müssen. Besonders hart trifft es Betriebe im Kreativ- und Designbereich wie die Eventbranche bzw. Unternehmen im Gesundheits- und Wellnesssektor.

Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde auch die Reisebürobranche, die für das Jahr 2020 mit einem Umsatzrückgang rund um die 80 Prozent rechnen müsse, so Gregor Kadanka, Obmann des Fachverbandes Reisebüros in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) im Ö1-Journal am 25. August 2020.

Äußerst prekär ist darüber hinaus auch die Situation im Gastronomie- und Tourismusbereich: „Wir werden in vielen Unternehmen als Konsequenz der Krise mehr Schulden bei geringeren Umsätzen und Erträgen haben - das ist sicher kein Erfolgsmodell“, bringt ÖHT-Generaldirektor Wolfgang Kleemann die Lage im Tourismus auf den Punkt.

„Im Herbst drohe eine Pleitewelle, weil die Klein- und Mittelunternehmen in Österreich im Schnitt eine zu geringe Eigenkapitalausstattung hätten und weil dann diverse Stundungen aus der Coronazeit, etwa für Finanz- und Sozialabgaben, auslaufen, sagte vor wenigen Tagen der Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo), Christoph Badelt.“ Oberösterreichische Nachrichten, 18. Juli 2020.

Die Zahlen bestätigen mittlerweile die bereits vor Monaten absehbare Entwicklung. Massenkündigungen und Konkurse stehen im Raum, wie nachfolgend ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargelegt:

Kündigungen:

Unternehmen	Anzahl Mitarbeiter	Quelle
Hotel Sacher	140	Kurier 16.09.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Doka GmbH Amstetten	bis zu 300	Orf.at 17.09.2020
ATB Spielberg (Insolvenz)	300	Die Presse 24.08.2020
MAN-Steyr (Schließung Standort in 3 Jahren)	2300	Standard 16.09.2020
Wolford Bregenz	54	Vo.at 20.08.2020
Luftfahrtzulieferer FACC Ried	bis zu 700	Trend.at 17.09.2020
Wasseraufbereiter BWT Mondsee	60	APA0130, 05.09. 2020
Kapsch TrafficCom international	40	APA0130 3.09. 2020
W&H Dentalwerk Bürmoos	70	APA0336 31.08. 2020
Saubermacher Stmk	38	APA0016 12.08 2020
Salzburger Aluminium AG	29	APA028 31.07.2020
Huber-Holding	80	APA0198 29.06 2020
Laudamotion	370	APA0458 Fr, 22.Mai 2020
AVL-List GmbH	220	APA0427, 01.Okt 2020
Swarovski	1.000	APA0272, 01.Okt 2020
voestalpine	550	APA0272, 01.Okt 2020
Mahle	130	APA0272, 01.Okt 2020
Mayr-Melnhof	130	APA0272, 01.Okt 2020

INSOLVENZEN:

Unternehmen	Anzahl Mitarbeiter	Quelle
ATB Spielberg (Insolvenz)	300	Die Presse 24.08.2020
Brauerei Grieskirchen	50	APA 0123 17.09.2020
Robust Plastics	120	OTS0062, 18.09.2020

Von der kürzlich verlautbarten Kündigung der Standortsicherung für Österreich durch MAN-Steyr sind 2.300 Beschäftigte betroffen. Um die geplante Neuausrichtung einzuleiten, sehe sich das Unternehmen gezwungen, die für die Standorte in Deutschland und Österreich geltenden Verträge zum 30. September zu kündigen, teilte MAN in einer Aussendung mit. Die Komplettschließung des Werks in Steyr ist bis Ende 2023 vorgesehen.

Dass diese erschreckenden Zahlen erst die Spitze des Eisberges darstellen, wird offenkundig, wenn beispielsweise die heimischen Gläubigerschutzverbände mit einer Pleitewelle rechnen, die durch die staatlichen Corona-Hilfen mit Verzögerung kommen wird. „Die sogenannte Pleitewelle wird sich ins Jahr 2021 verschieben“, so Alexander Klikovits, Insolvenzexperte des Gläubigerschutzverbandes KSV 1870 gegenüber der Wiener Zeitung vom 15. August 2020.

„Auch Gläubigerschützer anderer Verbände sehen diese Entwicklung kritisch. Viele Unternehmen befinden sich in der Krise und hoffen, durch gesetzliche Erleichterungen und Rettungsfonds darüber hinwegzukommen, erläutert Cornelia Wesenauer vom Alpenländischen Kreditorenverband (AKV). Auch die Stundungen der Abgabensteuern für Finanz und Gesundheitskassen wurden bis 15. Jänner verlängert. Diese Stundungen zögern die Forderung weiter hinaus, stellen aber keinen Erlass dar.“ (Wiener Zeitung, 15.08.2020)

Wie drastisch die Situation am Arbeitsmarkt tatsächlich ist, wird deutlich, wenn man sich die erschreckenden Zahlen der Meldungen des Frühwarnsystems des AMS gemäß § 45a AMFG vom September 2020 vor Augen führt:

Verpflichtet zur Meldung von beabsichtigenden Kündigungen gemäß § 45a AMFG sind bei Arbeitgeber-Kündigungen Betriebe in folgenden Fällen:

- Betriebe mit 20 – 100 Beschäftigten: ab 5 Arbeitskräften
- Betriebe mit 100 – 600 Beschäftigten: ab 5 von 100 Arbeitskräften
- Betriebe mit mehr als 600 Beschäftigten: ab 30 Arbeitskräften
- ab 5 Arbeitskräften, die das 50. Lebensjahr vollendet haben. Ausnahme: Saisonbetriebe

Wie nachfolgende Tabelle zeigt, ist die Zahl der beabsichtigten Kündigungen von 11.994 im September 2019 auf 28.481 Personen im September 2020 gestiegen. Das entspricht einer Steigerung um mehr als 137 %! Die Anzahl der Unternehmen, die Kündigungen anmeldeten, erhöhte sich im Vergleichszeitraum von 233 auf 363 und damit um rund 55 %!

AMS Österreich, Bundesgeschäftsstelle
Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation

Frühwarnsystem - Meldungen gem. §45a AMFG September 2020 *)
Veränderung zum Vorjahr

Bundesland	Anzahl der eingegangenen Meldungen				Zahl der beabsichtigten Kündigungen			
	Meldungen Sep 20	Meldungen Sep 19	Veränd.zum VJ absolut	Veränd.zum VJ in %	insgesamt Sep 20	insgesamt Sep 19	Veränd.zum VJ absolut	Veränd.zum VJ in %
Burgenland	7	8	-1	-12,5%	215	274	-59	-21,5%
Kärnten	15	11	4	36,4%	560	645	-85	-13,2%
Niederösterreich	79	54	25	46,3%	6.943	2.126	4.817	226,6%
Oberösterreich	68	70	-2	-2,9%	3.973	3.321	652	19,6%
Salzburg	26	14	12	85,7%	1.245	356	889	249,7%
Steiermark	41	29	12	41,4%	2.991	1.366	1.625	119,0%
Tirol	38	9	29	322,2%	4.689	454	4.235	932,8%
Vorarlberg	14	1	13	1300,0%	533	76	457	601,3%
Wien	75	37	38	102,7%	7.332	3.376	3.956	117,2%
Österreich	363	233	130	55,8%	28.481	11.994	16.487	137,5%

*) inklusive der nachträglichen Meldungen aus Vormonat

Vor dem Hintergrund dieser Fakten ist es geradezu als zynisch zu bezeichnen, wenn ÖVP-Wirtschaftsministerin Schramböck kürzlich Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Aussicht stellte. Wie „Digitalisierung“ bei den gefährdeten oder schon verlorenen Arbeitsplätzen, wie etwa bei ATB, MAN Steyr, FACC, Doka, Swarovski oder Casinos Austria helfen soll, ist wohl mehr als fraglich.

Natürlich sind aus Sicht der unterfertigten Abgeordneten alle Maßnahmen zu begrüßen, die der österreichischen Wirtschaft und damit den Beschäftigten tatsächlich helfen können und den Unternehmen wieder Hoffnung auf ein Überleben der Wirtschaftskrise geben. Dennoch sind die schlechten Wirtschaftszahlen und das nach wie vor schrumpfende BIP ein „hausgemachtes Problem“ dieser schwarz-grünen

Regierung, die seit Monaten einfach zu spät reagiert. Zudem werden seitens ÖVP und Grünen laufend Maßnahmen gesetzt, die es den Unternehmen deutlich erschweren, wieder auf die Beine zu kommen.

Wenn nun auch gerade eine Wirtschaftsministerin für Wien eine Sperrstundenvorverlegung einfordert, dann muss man sich schon fragen, ob sie noch die richtige Person für das Wirtschaftsministerium ist.

Aus Sicht der unterfertigten Abgeordneten hat daher die Bundesregierung unmittelbar und sofort das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und endlich für den Erhalt der heimischen Arbeitsplätze und damit für die heimische Bevölkerung, die Unternehmen, Betriebe und Beschäftigten dieses Landes Politik zu machen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Interesse der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dringend Maßnahmen einzuleiten und effektive Schritte zu setzen, die geeignet sind, Massenkündigungen zu verhindern und Arbeitsplätze zu erhalten.“

In formeller Hinsicht ersuchen die unterfertigten Abgeordneten um Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie.